

## **Zeit für Veränderungen - Zeit für Grün**

Veränderungen gab es in Mülheim an der Ruhr in den letzten Jahren schon reichlich – allerdings nicht immer die Richtigen! Die Verschuldung der Stadt steigt und steigt, die Ostruhranlagen sind praktisch verschwunden, das Rathaus ist schon entkernt, während die Instandsetzung der Schulen auf sich warten lässt.

Das Bündnis aus SPD und CDU hat tatsächlich in vielen Bereichen Fakten geschaffen – oft gegen den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen fühlen sich von Politik und Verwaltung nicht ernst genommen, Bürgerbeteiligung wird als Farce empfunden.

Wir Grüne wollen, dass endlich die wirklich wichtigen Probleme in den Mittelpunkt der Stadtpolitik gerückt werden und dass alle Mülheimerinnen und Mülheimer die Möglichkeit haben sich an der Weiterentwicklung der Stadt aktiv zu beteiligen.

## **Zeit für ein grünes Mülheim**

Die Menschheit hat laut Weltklimabericht höchstens bis zum Jahr 2020 Zeit, um durch die Einführung effizienter Technologien eine Klimakatastrophe zu verhindern. Nimmt der Ausstoß von Treibhausgasen bis dahin nicht ab, wird die Erderwärmung unumkehrbare Prozesse wie das Abschmelzen der Eisschilde in Grönland und die Übersäuerung der Ozeane in Gang setzen.

Mülheim ist als ein Zentrum von Wohnen, Arbeiten und Verkehr mit entscheidender Akteur im Klimaschutz. Der fortschreitende Klimawandel fordert von allen Beteiligten ein Umsteuern und Umdenken. Ein Schwerpunkt dieser Anstrengungen muss auf der Senkung der Treibhausgase liegen. Kommunale Handlungsfelder sind da die Stadtplanung, Energieversorgung und Mobilität. Für Mülheim fordern wir daher folgende Maßnahmen:

- Umstieg von Kohle- und Atomstrom auf erneuerbare Energien
- Umstellung von Nachtstromheizungen im Vorgriff auf die EU-Regelung
- Versorgung kommunaler Einrichtungen mit einem Anteil von 25% erneuerbarer Energie
- Einfordern solarer Baupflicht auf Grundlage des Solarkatasters,
- Forcieren von Solar-50-Siedlung, Niedrigenergiehäuser als Leuchtturmprojekt
- Förderung von Energiegewinnung aus Biogas und Biomasse (Biogasverbund)
- Wärmepumpen im Abwassernetz
- Erstellung eines erneuerbaren Energie-Kataster und Geothermie-Kataster
- Kraft-Wärme-Kopplungs-Kontraktung für kommunale Liegenschaften

Wir Grünen wollen Natur, Landschaften und Freiräume erhalten und die regionalen Grünzüge vor weiterer Bebauung schützen. Wir sind für die Stärkung der Artenvielfalt durch Biotopvernetzung und die Stärkung des Naturschutzes in Kooperation mit den Verbänden – wir wollen keine Kürzungen bei Biologischen Stationen!

### **Wer Grün wählt, wählt**

- **Vorrang für den Klimaschutz**
- **den Erhalt der Mülheimer Grünflächen**
- **Priorität des Umweltschutzes in allen Politikfeldern**

## ***Zeit für eine nachhaltige Stadtplanung***

Die Grüne Stadtplanung orientiert sich an den Grundsätzen europäischer Stadtkultur. Diese fußt auf folgenden ökologischen und sozialen Leitbildern:

Wir wollen eine funktionale und räumliche Mischung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Freizeit und Erholung, das heißt die Zusammenführung und Berücksichtigung aller wichtigen Lebensfunktionen in ein Gesamtkonzept von Stadtplanung. Dies gilt auch für die einzelnen Stadtteile. Die Menschen sollen sich mit ihrem Umfeld identifizieren können: Der Stadtteil, die Straße, das Haus sollen unverwechselbare Qualität besitzen. Historische Bausubstanz ist zu schützen und zu erhalten. Unansehnliche, unübersichtliche Räume (sogenannte Angsträume) sind zu beseitigen und neu zu planen. Wir wollen Mitspracherechte und Transparenz für unsere Bürgerinnen und Bürger: Bei Planungs- und Entscheidungsprozessen müssen möglichst viele einbezogen werden.

Grüne Stadtplanung ist zunächst stadtklimagerecht, indem sie Grundsätze eines gesunden Innenstadtklimas beachtet und für konsequenten Freiraumschutz mit der Sicherung von klaren Siedlungsrändern eintritt. Hochwertige Natur-, Landschafts- und Erholungsräume sollen erhalten und sowohl ökologisch als auch für Naherholung weiter entwickelt werden (z. B. Rumbachtal mit Seitentälern, Hexbachtal, Ruhraue, Auberg, Ruhrhöhen, Forstbachtal). Grüne Stadtplanung ist weiter verkehrsmindernd, indem sie getrennte Lebensbereiche wieder vernetzen will und einen leistungsfähigen ÖPNV entwickelt, und energiesparend, weil sie kompakte und ökologisch nachhaltige Bauweisen und regenerative Energienutzung vorantreibt. Unter Grüner Stadtplanung verstehen wir letztlich eine landschaftsschonende Stadtplanung, weil sie auf die Zersiedlung von landschaftlichen Außenbereichen verzichtet und der Entwicklung von Innenstadtbrachen und ehemaligen Gewerbeflächen den Vorzug gibt sowie den ökologischen Landbau und Landschaftsschutz unter Einbeziehung der betroffenen Landwirte fördert.

Mülheim ist als die grüne Stadt am Fluss behutsam weiterzuentwickeln. Die unverwechselbare Qualität von Mülheim an der Ruhr bildet die Lage der Stadt mitten im grünen Ruhrtal. Diese Besonderheit wollen wir durch die Neuanpflanzung von Bäumen an mehreren Standorten in der Stadtmitte herausstellen und die Beziehung von Innenstadt und Fluss stärker verdeutlichen. In Sachen Ruhrpromenade haben wir uns für den Entwurf des zweiten Preisträgers zur Neugestaltung der Ruhrpromenade als geeignete Leitidee für eine städtebauliche Erneuerung der Innenstadt eingesetzt. Dieser Entwurf hätte den Erhalt des wertvollen Baumbestandes in den Ostruhanlagen möglich gemacht. Er hätte die Akzeptanz für das Projekt in der Mülheimer Bevölkerung wesentlich erhöhen können. Daher werden wir uns im Rahmen des Umsetzungsprozesses dafür einsetzen, möglichst viel vom vorhandenen Baumbestand zu erhalten.

Wir setzen uns für die bauliche Neugestaltung des Bahnhofsbereichs ein. Diese Maßnahme zur Verschönerung der Visitenkarte Mülheims ist längst überfällig. Die Strecke der Rheinischen Bahn zwischen Essen und Duisburg wollen wir für eine städtebauliche Neugestaltung und die Schaffung einer Grünverbindung mit Fahrradverkehr von Heissen über die Innenstadt nach Speldorf nutzen. Durch Um- und Rückbau des überdimensionierten Tourainer Rings können große innerstädtische Flächen zurückgewonnen werden. Diese wollen wir zu Gebieten mit neuer Wohn- und Aufenthaltsqualität entwickeln. Auf die Anlage von Radverkehrsanlagen und eine großzügige Grüngestaltung werden wir dabei besonders achten.

Insgesamt wollen wir die Innenstadt als zentralen Stadtteil und nicht nur als Einkaufsort stärken. Sie soll sowohl als Wohn- und Arbeitsort als auch als Kultur- und Freizeitort z. B. durch eine Öffnung und Gestaltung von Innenhöfen sowie durch die Anlage von Grün- und Aufenthaltsflächen attraktiver werden. Hierzu gehört auch eine Neugestaltung des Kirchenhügels. Seit den fünfziger Jahren sind mehrere städtebauliche Gutachten und Wettbewerbe über das historische Zentrum unsere Stadt durchgeführt worden. Nichts davon ist umgesetzt! In die Neugestaltung muss auch die Bachstraße einbezogen werden. Sie sollte autofreie Zone werden, damit die schönen Plätze den BürgerInnen wieder als Aufenthaltsort zur Verfügung stehen. Auch das Gelände der ehemaligen Paulikirche an der Delle ist als Schotterparkplatz ein Schandfleck in unserer Stadt. Das Quartier zwischen Delle, Ruhrstraße, Wertgasse und Friedrichstraße muss dringend städtebaulich überarbeitet und als Wohn- und Aufenthaltsort zurück gewonnen werden.

Der Erhalt und die verbesserte Pflege von Grünflächen sind dringend erforderlich.

Baudenkmäler sind unersetzliche Teile des geschichtlichen Erbes einer Stadt. Durch unser entschiedenes Eintreten für den Erhalt der Spuren der Stadtgeschichte konnten wir in der Vergangenheit zur Rettung bedeutender Baudenkmäler beitragen. Der Ringlokschuppen einschließlich Wasserturm Broich, das Straßenbahndepot Speldorf, der Raffelbergpark, die Papenbusch- und Salierstraßen-Siedlung sowie die Jugendstilhäuser an der Friedrich-Ebert-Straße sind dafür Beispiele. Außerdem setzten wir uns für den Erhalt der Gartenstadt Heimerde ein. Die Forderung der Siedlergemeinschaft, auf die Bebauung der Innenflächen zu verzichten und die Siedlung unter Denkmalschutz zu stellen, unterstützen wir.

Da auch in Mülheim die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten weiter schrumpfen wird, ist ein sparsamer und restriktiver Umgang mit Bauflächen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes erforderlich. Auf die Bebauung von Flächen, die eine wichtige Rolle für die Naherholung und die Lebensqualität der Anwohner spielen, ist zu verzichten. Beispiele sind hier Innenflächen an der Velauer Straße, am Fünter Weg und an der Diepenbeck, der Heimerde, der Wrangel- und Schillstraße, Ursulastraße und der Tilsiter Straße.

Auf Grund des Rückgangs der Bevölkerung sollte die Ausweisung von Bauflächen für Einfamilienhäuser im Außenbereich unterbleiben und der innerstädtische Umbau zugunsten von altengerechtem, barrierefreiem Wohnen vorangetrieben werden. Wir setzen uns für die Erstellung des Katasters, aus welchem Baulücken sowie leerstehende und veräußerbare Wohn- und Geschäftsgebäude zu erkennen sind, ein. Wohnungsnahe Versorgungsstrukturen müssen wieder verbessert werden. Hier können Fördermittel des Landes genutzt werden.

Die Anwendung ökologischer Gestaltungsgrundsätze in Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung, sowie die Verwendung ökologischer und energiesparender Baumaterialien wurde auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen für alle städtischen Projekte beschlossen. Die konsequente Einhaltung dieser Beschlüsse werden wir weiter fordern.

Wir legen Wert auf eine hochwertige Gebäudegestaltung bei Neu- und Umbauten. Mit Vorhaben- und Entwicklungsprojekten von privaten Investoren bei öffentlichen Gebäuden muss Schluss sein. Die Klimaanalyse des RVR 2008 muss bei allen zukünftigen Bauvorhaben Anwendung finden.

Eine wirtschaftliche Perspektive des Flugplatzes Essen/Mülheim in unmittelbarer Nachbarschaft zum Flughafen Düsseldorf ist nicht in Sicht. Im Gegenteil werden die Subventionen weiter für eine Handvoll Privatflieger steigen. Auch die anvisierten Ausbaupläne zu einem „Satellitenflughafen“ führen nicht zu höherer Kostendeckung, sondern nur zur Geräuschbelästigung. Besonders die Ausbaivorhaben polarisieren die Mülheimer Bevölkerung und die Politik seit Jahrzehnten. Durch den wachsenden Flugverkehr am Airport Düsseldorf ist der Fluglärm über Mülheim bereits jetzt erheblich angestiegen und wird weiter steigen. Die Wohn- und Lebensqualität Mülheims würde durch die Ausweitung des Flugverkehrs erheblich herabgesetzt. Der Schaden für die Stadt wäre nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht groß. Deshalb fordern wir die Umwandlung des Areals in eine gemischte Flächennutzung: ein Drittel für Gewerbe und zwei Drittel für den Landschafts- und Naturschutz. Dabei muss die Bebauung nach ökologischen Kriterien ausgerichtet sein. Dies ist eine Nutzung, die der exponierten Lage dieses Standortes, seiner verkehrlichen Anbindung, wirtschaftlichen sowie ökologischen Gesichtspunkten gerecht wird.

#### **Wer Grün wählt, wählt**

- **eine klimagerechte und landschaftsschonende Stadtplanung**
- **mehr Mitsprache und Bürgerbeteiligung bei Planungsvorhaben**
- **keine Ausweitung des Flugverkehrs am Flugplatz Essen/Mülheim**

## **Zeit für eine umweltfreundliche Mobilität**

Wir setzen uns für barrierefreie Wege für Menschen mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl ein. Fußwegeverbindungen an Baustellen müssen frei gehalten werden. An großen Kreuzungen muss es längere Grünphasen an den Ampeln geben. Wir wollen Leitmarkierungen und akustische Ampeln für Menschen mit eingeschränkter Sehfähigkeit.

Alte Bordsteinradwege und Freizeitwege sind zum Teil in schlechtem Zustand und müssen erneuert bzw. durch Markierungen auf den Straßen ersetzt werden. Die Nebenrouten und kommunalen Freizeitrouten müssen ausgeschildert werden. Wir wollen den Radtourismus (z. B. Ruhrtalradweg) weiter fördern. Wir fordern verbesserte Ampelschaltungen und dass der Radverkehr an Baustellen sicher und barrierefrei vorbei geführt wird.

Für das Nachtnetz fordern wir bessere Anschlüsse zum SPNV am Hauptbahnhof sowie Bedienungslücken zu schließen. Wir lehnen die derzeitige Taktausdünnung auf der Linie 901 ab und kritisieren die fehlende Umsetzung des Nahverkehrsplans mit Liniennetzverbesserungen und Taktverdichtungen. Auch das Programm zum barrierefreien Haltestellenumbau verzögert sich weiter.

Wir unterstützen die Verlängerung der Linie 112 zum Hauptbahnhof und dort eine barrierefreie Verknüpfung mit den Bussen. Zugleich wollen wir dort vorhandene Angsträume durch Umbau beseitigen. Wir setzen uns für eine Beschleunigung der Straßenbahnlinien 104, 110 und 901 sowie der Busse auf den Hauptstrecken (Vorrangschaltung) ein.

Wir fordern eine Optimierung der Busbedienung in Saarn statt der Verlängerung der Linie 102. Wir wollen eine bessere Verknüpfung der Stadtteile untereinander ohne Umweg über die Innenstadt.

Wir fördern alternative Bedienungsformen in Stadtquartieren und z. B. der Altstadt (Bürgerbus, Sammeltaxen oder Quartiersbus) und fordern die Auflösung der Sternfahrten mit Fahrten alle 15 Min. in die Stadtteile (unterschiedliche Linien) verbunden mit einer Anschlussgarantie.

Wir setzen uns weiter für die Sanierung der U-Bahn-Bahnhöfe sowie die Nachrüstung mit Aufzügen ein sowie eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Dynamische Fahrgastanzeiger.

Mülheim braucht eine Schnellbusverbindung von der Innenstadt über Saarn und Selbeck nach Ratingen und weiter nach Düsseldorf. Den Freizeitverkehr wollen wir durch Taktverdichtungen stärken (z. B. Ruhrtal, Naturbad, Theater an der Ruhr).

Neue Busse sollen einen umweltfreundlichen Antrieb, z. B. Erdgas, erhalten und barrierefrei sein. Dazu wollen wir eine Kennzeichnung von Fahrzeugen mit niederflurigem Einstieg im Fahrplan (feste Fahrzeiten) und den Umbau aller Haltestellen zum barrierefreien Ein- und Ausstieg.

Wir unterstützen die Planung für den Rhein-Ruhr-Express als Ersatz für den Metrorapid. Der Umbau des Hauptbahnhofes verzögert sich weiter. Zugleich gibt es Angebotskürzungen wegen der Reduzierung der Regionalisierungsmittel durch Bund und Land. Nach wie vor fehlen öffentliche Toiletten.

Wir fordern einen sechsgleisigen Ausbau oder zumindest einen Gleiswechselbetrieb, den Einbau von Türen am nördlichen Tunnelleingang sowie die Sicherung der Hafenbahn auf der Rheinischen Bahnstrecke (Broich – Stadtgrenze Duisburg).

Wir unterstützen die Ausweitung des Umschlages Wasser/Straße – Schiene.

Wir fordern weiterhin flächendeckend Tempo 30 in Wohngebieten. Da diese Begrenzung vielerorts nicht eingehalten wird, unterstützen wir Maßnahmen zur Akzeptanzerhöhung z. B. vor Kindergärten und Schulen und intensivere Geschwindigkeitskontrollen.

Wir wollen Lärminderungsmaßnahmen durch Entfernung von Kopfsteinpflaster (Hauptstraßen) und unterstützen Projekte wie Shared Space in der Altstadt und in den Stadtteilzentren.

### **Wer Grün wählt, wählt**

- **mehr Barrierefreiheit im Verkehr**
- **den Ausbau des Umweltverbundes (Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV)**
- **Verkehrsberuhigung und Lärmschutz**

## **Zeit für mehr Grün im Wohnumfeld**

Unsere Ziele für die kommenden Jahre:

- Erhalt der vorhandenen Freiflächen als Entstehungsgebiete von Frischluft und als Naherholungsgebiete für Erwachsene, Kinder und Tiere (auch Brachen zum Spielen)
- Beteiligung betroffener Anwohner bei geplanten Straßenbaumaßnahmen mit KAG-Beitragspflicht
- Stärkung der gewachsenen Stadtviertelstrukturen durch Maßnahmen der Verkehrsführung, Parkregeln und flankierende planungsrechtliche Entscheidungen (keine weitere Ansiedlung von Großflächendiscountern)
- Fußgängerfreundliche Gestaltung der Verkehrswege unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, SeniorInnen und behinderten Menschen
- Der Durchgangsverkehr soll aus Wohngebieten rausgehalten werden.
- Erhalt der Stadtteil-Postämter
- Ansiedlung kommunal geförderter sozialer Stadtteilprojekte (Nachbarschafts- / Seniorenhilfe) unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände sowie Sicherung der vorhandenen sozialen Infrastrukturen (Jugendzentren etc.)
- Wir wollen Stadtteilzentren, in denen alle Generationen zusammentreffen können, ergänzt durch Spielplätze für Alt und Jung
- Getreu dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ müssen in räumlicher Nähe Grundschulstandorte gesichert und die Gemeinschaftsschulen sowie die überkonfessionellen Schulträger gestärkt werden. Dies gilt auch bei sinkenden Schülerzahlen. Die Schulwege sind durch Ampeln, Zebrastreifen und Querungshilfen zu sichern.
- Die Grundschulen müssen in kurzer Distanz Sportmöglichkeiten haben: Durch das neue Sportkonzept ist dies nicht überall gewährleistet. Daher fordern wir, an den entsprechenden Schulstandorten lokale Sportanlagen zu errichten. Außerdem sollen vorhandene Sportflächen erhalten werden bzw. ein Ausgleich bei Schließung/Umsiedlung geschaffen werden.
- Die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen muss gefördert werden, am besten durch Selbstinitiative der Jugendlichen.
- Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements
- Viele Bachläufe wurden im letzten Jahrhundert kanalisiert. Wir wollen diese Bäche wieder an die Oberfläche bringen, renaturieren und von Haushaltsabwässern befreien.

### Bezirksvertretung 1 – Rechtsruhr Süd

Wie lehnen die Bebauungspläne Gracht/Mühlenfeld und Tilsiter Strasse ab und wollen keine B-Pläne am Schlippenweg und an der Bergerstrasse.

Auf dem Kirchenhügel setzen wir uns für Shared Spaces ein, in Heißen für den Abriss der „Käseglocke“ und in Eppinghofen für das Beibehalten des Stadtteilmanagements.

Wir wollen die in den Stadtteilprojekten erarbeiteten Ziele für die Gestaltung des Verkehrs und der Stadtteilstruktur umsetzen. Dabei sollen die Standorte für Spiel- und Sportplätze erhalten bleiben sowie bei Bedarf saniert werden (z.B. TSV Heimaterde).

### Bezirksvertretung 2 – Rechtsruhr Nord

In Dümpten wollen wir die gleichberechtigte Entwicklung der drei Zentren Aktienstraße, Oberheidstraße und Mellinghofer Straße. An der Mellinghofer Straße soll im Bereich des ehemaligen Bürgermeisteramtes ein neuer Mittelpunkt mit Zweigstelle des Bürgeramtes entstehen. Wir setzen uns für die Umgestaltung der Mellinghofer Straße mit Entsiegelung unnötiger Verkehrsflächen ein.

Wir sind weiterhin gegen den Bebauungsplan Mariannenweg/Ursulastraße und unterstützen den B-Plan Sellerbeckstraße (ehemalige Obdachlosensiedlung).

Schon lange beschlossen, aber noch nicht umgesetzt sind die Radverkehrsanlage Nordstraße und der Kreisverkehr Mühlenstraße/Nordstraße.

Für Styrum wollen wir den Bau einer neuen Erschließungsstraße am Rande des Mannesmannge­län­des, lehnen aber eine Verknüpfung mit einer Finanzierung durch den potentiellen Baumarkt-Betreiber ab. Gleichzeitig müssen die Wohnstraßen im Styrumer Osten vom Schwerlastverkehr befreit werden. Den Stadtpfad wollen wir in Richtung Oberhausen fortführen.

Wir setzen uns für einen Ausbau des Bahnhofs Styrum zu einem Verknüpfungspunkt zwischen S-Bahn, Straßenbahn, Bus (fehlt) und Rad ein. Dazu gehört auch eine Beschleunigung der Linie 110 und die Einrichtung eines Ringbusses, der den Bereich Moritzstraße erschließt. Als Alternative dazu bietet sich aber auch eine Änderung der Führung der Linie 129 an.

Wir fordern die Aufwertung des Stadtteilzentrums am Sültenfuß mit einer Zweigstelle des Bürgeramtes und unterstützen die vorliegende Planung mit Platzgestaltung. Eine Versiegelung des sogenannten Marktplatzes oder gar eine Bebauung lehnen wir hingegen ab.

Wir unterstützen die Öffnung des Naturbades zur Ruhr und befürworten einen Betrieb des Bades durch die Bürgerschaft.

Wir setzen uns für ein flächendeckendes Radwegenetz an allen Straßen außerhalb der Tempo-30-Zonen ein und unterstützen den Bau der Straßenbahn zwischen Alt-Oberhausen und Dümpten über Zechenbahn/Grüner Weg. Wir fordern eine Taktverdichtung auf der Linie 129 zur besseren Verknüpfung zwischen Dümpten und Styrum sowie zur Anbindung des Fachmarkt­zentrums.

### Bezirksvertretung 3 – Linksruhr

Kinder sind unsere Zukunft. Daher setzen wir uns besonders für die Belange der Kleinen ein. Nachdem Selbeck einen Kinderspielplatz erhalten hat fehlt es dort noch an einem Bolzplatz.

Der Auberg soll auch weiterhin als Landschaftsschutzgebiet erhalten bleiben, bei gleichzeitiger Nutzung als Naherholungsgebiet. Die Planungen für das Gewerbegebiet am Erzweg lehnen wir weiterhin ab. Die Straßburger Allee soll ihren Alleecharakter zurück erhalten.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine qualitative und quantitative Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs ein. Saarn soll durch eine leistungsfähigere Busanbindung besser mit der Innenstadt verbunden werden. Gleichzeitig muss eine bessere Verbindung von Saarn nach Broich geschaffen werden. Die Anschlüsse mit Bus und Bahn zu den Nachbarstädten Duisburg und Ratingen sind zu optimieren.

Saarn besitzt ein florierendes Stadtteilzentrum, in Broich und Speldorf ist die Lage weniger günstig. Durch den Fortzug der Supermärkte in Speldorf wurde das Zentrum stark geschwächt. Ziel muss es daher sein, keine Discountermärkte mehr außerhalb dieser Stadtteilzentren zu eröffnen.

Die Weißen Nächte im Raffelbergpark entwickeln sich zu einem regionalen Highlight. Daher setzen wir alles daran, diese weiterhin zu ermöglichen.

Wir setzen uns auch in Zukunft für die Entstehung von Museen aus bürgerschaftlichen Engagement ein, wie dies mit dem Eisenbahnverein in der Jugendstilhalle und dem Kloster Museum im Kloster Saarn bereits geschehen ist.

#### **Wer Grün wählt, wählt**

- **Grünes Engagement in den Stadtteilen**
- **die Stärkung der Stadtteilzentren**
- **mehr Grünbereiche im Wohnumfeld**

## **Zeit für ein familienfreundliches Mülheim**

Wir Grüne stellen die Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik: Kinder sind unsere Zukunft! Gerade durch den demographischen Wandel wird es immer deutlicher, dass es sich die Gesellschaft nicht leisten kann, auch nur ein Kind zu verlieren. Für uns ist Kinder- und Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe. Daher wollen wir hier nur einen Ausschnitt unserer Ideen zur Unterstützung von Familien aufzählen:

Wir wollen Besuche bei Familien mit Neugeborenen, um die Familien zeitnah zu unterstützen. Das zurzeit ehrenamtlich geführte Projekt FamilienStart vom Bündnis für Familien soll deshalb auf Dauer gesichert werden.

Wir setzen uns für den Vorrang von Tagesstätten zur Betreuung ein, Tagesmütter sollen Ausnahme und Ergänzung bleiben. Kindertagesstätten wollen wir durch Überprüfung der Stellenschlüssel und der Ausstattung sowie durch bessere Fort- und Weiterbildung zur Unterstützung von Erzieherinnen und Erziehern verbessern. Beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr wollen wir langfristig die Gebührenfreiheit für Kinderbetreuung in Kitas und Ganztagschulen.

Wir wollen für alle Mülheimer Kinder eine Betreuung und Förderung auf qualitativ hohem Niveau: Kindertagesstätten mit vielen Kindern mit Migrationshintergrund oder sozialer Benachteiligung brauchen mehr Personal und die Möglichkeit zusätzlich muttersprachliche Angebote in ihre Konzepte zu integrieren.

Wir wollen Eltern auf allen Gebieten stärken, dies ist unter anderem auch Aufgabe der Sozialagentur. Insbesondere soll die Schulmittelfreiheit, nicht nur bei Büchern, sondern auch bei Heften, Stiften, Sportzeug umgesetzt werden. Dafür sollen die Schulen ein Budget erhalten. Unbedingt muss die Jugendhilfe aufgestockt werden: Bisher entfallen 85 Fälle auf jeden Vollbeschäftigten bei AWO, Diakonie oder Caritas. Wie viele Minuten bleiben da pro Kind? Die Betreuung von (Schul-) Kindern durch SozialarbeiterInnen z. B. bei Mobbing oder das Coaching für Schulverweigerer braucht Zeit.

Besondere aufsuchende Unterstützung soll die Stadt bei Behinderung von Kinder und / oder Eltern anbieten. Die Eltern von Kindern mit Behinderungen müssen auf ihr Recht auf inklusive Beschulung hingewiesen werden. Besondere Unterstützung benötigen Kinder aus Migrantenfamilien ohne gesicherten Aufenthaltsstatus.

Die Arbeit der städtischen Jugendzentren muss an die Bedürfnisse der Jugend angepasst werden. Die Entwicklung eines Jugend- und Sportparks mit Schaffung von legalen Graffitiflächen unterstützen wir. Weiterhin halten wir die Forderung nach mindestens einem Abenteuerspielplatz aufrecht. Das Autonome Zentrum (AZ) wollen wir erhalten und weiter unterstützen, ebenso wie die Arbeit von Enterpride. Zu einer lebendigen Stadt gehören auch Veranstaltungen; daher fordern wir darüber hinaus eine Verbesserung der Jugend-Kulturangebote.

Letztlich wollen wir bei ausgewählten relevanten Bau- und Verkehrsplanungen das Instrument einer Kinderverträglichkeitsprüfung einführen.

### **Wer Grün wählt, wählt**

- **die Stärkung der Kinder- und Jugendrechte**
- **Unterstützung für Familien mit besonderem Hilfebedarf**
- **Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche**

## **Zeit für zukunftsfähige Schulen**

Wir wollen Kindertageseinrichtungen zur ersten Bildungsstufe mit altersgerechter Förderung und Sprachförderung entwickeln. Um Freude am Lernen zu gewährleisten, ist in der Primarstufe der individuelle Förderbedarf der Kinder durch geeignete Tests und Zusatzangebote frühzeitig zu erfassen.

Gemeinsames Lernen - bis zur 10. Klasse - fördert soziale Kompetenzen, und spart Gelder, die für das „Sitzenbleiben“ und „Abschulen“ aufgewandt werden! Deshalb wollen wir eine Schule für alle Kinder schaffen - hierbei schließen wir Kinder mit Behinderungen ausdrücklich ein. In der „Grünen Schule der Zukunft“ wollen wir Integration ermöglichen und auf die Wertschätzung der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen, auf individuelle Förderung und Chancengleichheit setzen. Kein Kind darf in unseren Bildungsinstitutionen zurückgelassen werden!

Ein wichtiges Ziel ist der Ausbau und die qualitative Verbesserung der Ganztagschulen. Mehr Zeit für gemeinsames Lernen und Leben in der Schule tut Kindern gut und fördert vor allem die, die zuhause wenig Unterstützung erfahren. Ein warmes Mittagessen, an dem alle Kinder teilnehmen können, muss zu einer Selbstverständlichkeit an unseren Schulen werden. Sportliche, musische und kulturelle Entwicklung, gesunde Ernährung, Schülerfirmen und Projekte werden durch die zusätzliche Zeit in der Schule möglich. Schulprojekte, die die Suchtprävention behandeln, müssen in Zusammenarbeit mit Eltern und Beratungsstellen intensiviert werden. Langfristig wollen wir „echte“ Ganztagschulen!

In dem Konzept einer Zukunftsschule in Mülheim ist als weiterführende Schule eine Hauptschule vorgesehen. Dies halten wir für nicht mehr zeitgemäß und am Elternwillen vorbei geplant. Es handelt sich nicht um eine Zukunfts- sondern um eine Vergangenheitsschule! Viele Punkte des Projekts sind durchaus sinnvoll, z. B. die Vernetzung von KiTas, Jugendamt, Sozialarbeit und Schule. Dies ist jedoch nicht von einer millionenschweren Investition in Schulbauten abhängig.

Die Aufgaben von Erzieherinnen und Erziehern gehen weit über Betreuung hinaus. Ihre zunehmende Verantwortung für Bildung und Entwicklung muss sich in gesellschaftlicher Würdigung und einer leistungsgerechten Bezahlung widerspiegeln. Die Kürzung der Betreuungskräfte in der offenen Ganztagschule (bei mehr als einer Gruppe pro Schule) war falsch und soll daher zurück genommen werden. Schulen brauchen die Unterstützung aller. Daher fordern wir die Zusammenarbeit jeweils zwischen Kindertagesstätten, Grundschulen, weiterführenden Schulen und Eltern. Dabei sind die regelmäßigen kommunalen Bildungsberichterstattungen über die Entwicklung der Übergänge und Abschlüsse die Voraussetzung für gezielte, zeitnahe und unabhängige Hilfen.

Da 2013 zwei komplette Abiturjahrgänge gleichzeitig die Schule abschließen, bedarf es einer Initiative vor Ort, um Ausbildungsplätze in ausreichendem Maße vorzuhalten. Wir wollen mit Arbeitgeber- und Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, aber auch den Vertretungsgremien der Jugendlichen unverzüglich einen solchen Prozess einleiten. Wichtig ist auch, für die Jugendlichen, die schon unter den neuen Bedingungen von „G8“ lernen, einen verlässlichen Rahmen für die Unterrichtsverdichtung zu schaffen. Sollten einzelne Tage an allen Schulen in Ganztage durchgeführt werden, sprechen wir uns für die Abstimmung aller Mülheimer Schulen aus. Nur so kann eine Teilhabe an Freizeitaktivitäten und sozialem Engagement in Vereinen, Initiativen, Kirchen und Verbänden gewährleistet werden.

Gegen Jugendarbeitslosigkeit ist der Schulabschluss die beste Absicherung. Durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule lässt sich der Übergang von der Schule ins Berufsleben besser gestalten.

Uns ist es ferner wichtig, die demokratischen und solidarischen Kompetenzen der SchülerInnen zu entwickeln und zu fördern. Für den Jugendstadtrat wünschen wir uns für die Zukunft eine höhere Wahlbeteiligung. Die SchülerInnenvertretungen (SV) sollten sich neben den Entscheidungsprozessen im Schulalltag und in der Schulentwicklung zu allgemeinpolitischen Themen äußern können.

### **Wer Grün wählt, wählt**

- **Bildung, die sich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert**
- **nachhaltige Integration und Chancengleichheit für alle Kinder**
- **gesunde Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler**

## ***Zeit für Kultur***

Wir setzen uns für die Förderung der Kultur in Mülheim ein, weil damit pädagogische, wissenschaftliche, künstlerische individuelle sowie soziale Voraussetzungen des Lebens in Mülheim aufrecht erhalten und weiterentwickelt werden. Durch Kultur findet Kommunikation statt und ein Austausch über die Zusammenhänge des Lebens wird angestoßen. Kultur erzeugt und verstärkt Zugehörigkeit und kann ein wichtiges Medium sein, auch um Integration voranzutreiben. Gerade in Zeiten des rapiden gesellschaftlichen Wandels bietet Kultur für die Stadt die Chance, sich weiter zu entwickeln und zum gesellschaftlichen Gleichgewicht beizutragen.

Wir sind für die Fortführung und Vertiefung des Kulturdialoges. Dies wollen wir realisieren, indem wir die Kultureinrichtungen Mülheims, vor allem unser Theater an der Ruhr, „Kultur im Ringlokschuppen“ sowie das Theater Spätlese langfristig auch finanziell absichern und den Verein „Kunsthhaus“ zur Einrichtung eines KünstlerInnenhauses unterstützen. Wir wollen ferner die Fortführung der Mülheimer Kulturevents wie Weiße Nächte, „Stücke“ und „Impulse“. Mülheim steht bis heute und weiterhin für das Theater an der Ruhr. Die Vernetzung aller Kultureinrichtungen, insbesondere der Museen, etwa durch einen Museumspass und eine Museumsroute, bringen nicht nur die Einrichtungen zur Zusammenarbeit, sondern auch die Menschen näher zusammen.

### **Wer Grün wählt, wählt**

- **finanzielle Absicherung für die Mülheimer Kultureinrichtungen**
- **die längst überfällige Einrichtung des Kunsthhauses**

## ***Zeit für sportliche Aktivitäten***

In Sachen Sport gilt es für uns das bisher Erreichte zu sichern und auszubauen. In den vergangenen Jahren haben sich Grüne aktiv und erfolgreich für Mülheim als sportgerechte Stadt eingesetzt: So wurden die Sporthallen an der Südstraße oder am Gymnasium Broich neu errichtet, was vor allem der Durchführung des Schulsports zu Gute kommt. Das Styrumer Freibad wurde zu einem Naturbad umgestaltet und wiedereröffnet. Es hat sich zu einer Attraktion nicht nur für Mülheim entwickelt. Für die Zukunft stehen noch der Umbau des Ruhrstadions zu einem attraktiven Fußballstadion sowie die Umgestaltung der Sportanlage an der Saarner Straße an.

Wir setzen uns nach wie vor für die Unterstützung des Schul-, Breiten- und Vereinssports ein. Im Bereich des Schulsports sind Investitionen erforderlich. Die Kooperationspartnerschaft zwischen Schulen und Sportvereinen im Rahmen der offenen Ganztagschulen gilt es daher zu intensivieren und auszubauen. Im Zeitalter der digitalisierten Welt leiden Kinder und Jugendliche zunehmend an Bewegungsarmut. Sportförderung und sportliches Engagement bedeutet hier gesellschaftliche Gesundheitsvorsorge. Auch unterstützen wir die Förderung des Senioren- und Behindertensports.

### **Wer Grün wählt, wählt**

- **die Sicherung des Naturbades**
- **die Förderung des Schul-, Breiten- und Vereinssports**

## ***Zeit für alternative Lebensformen***

Mindestens 5 % aller Menschen leben und lieben gleichgeschlechtlich. Diese müssen noch immer gegen zahlreiche Benachteiligungen in ihrem alltäglichen Leben angehen. Gegen den gesellschaftlichen Druck mit seinen bekannten Vorurteilen arbeiten in Mülheim das "Schwul-Lesbische Zentrum" und die Gruppen des Beratungs- und Selbsthilfezentrums „The Swichboard“ sowie des schwul-lesbischen Jugendtreffs. Deren Arbeit möchten wir durch städtische Unterstützung weiterhin stärken.

Andere Kommunen haben in den vergangenen Jahren eine aktive Politik gegen Diskriminierung von Schwulen und Lesben entwickelt. So wurden in Münster, Essen und Düsseldorf „Runde Tische“ eingerichtet. An ihnen arbeiten Verwaltung und Ratsparteien gemeinsam mit lokalen Gruppen am Abbau von Benachteiligungen. In Münster wurde außerdem eine Antidiskriminierungs-Stelle in der Verwaltung eingerichtet. Für Mülheim könnte ein erster Schritt die Verabschiedung einer Antidiskriminierungserklärung im Rat der Stadt sein.

Wir wollen eine verstärkte Förderung der Emanzipationsarbeit bei schwulen und lesbischen Jugendlichen durch Betreuung und Projektarbeit. Wir wollen eine stärkere Förderung der Anti-Gewalt-Arbeit und der psychosozialen Beratung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, sowie den Erhalt der Förderung für die schwul-lesbische Jugendarbeit. Ein Runder Tisch unter Vorsitz der Oberbürgermeisterin soll mit dem Ziel eingerichtet werden, Benachteiligungen zu identifizieren, zu thematisieren und Vorurteile und Diskriminierungen abzubauen. Anti-Gewalt-Projekte und die Aufklärungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen müssen gefördert und langfristig gesichert werden. Die positive Zusammenarbeit des Gesundheitsamtes mit der Gruppe „Herzenslust“ bei der Aids-Prävention muss ausgebaut werden. Eine zielgruppenspezifische HIV-Prävention ist nötig.

#### **Wer Grün wählt, wählt**

- **eine Politik, die von Respekt für alle Menschen und Lebensformen getragen ist**
- **eine aktive Antidiskriminierungspolitik**

## **Zeit für ein solidarisches Mülheim**

Die Grüne Sozialpolitik ist von einem ganz wesentlichen Grundsatz geprägt: Alle Menschen sollen so selbstbestimmt wie möglich leben können. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass niemand ausgegrenzt wird und alle Menschen Zugang zu unserer Gesellschaft haben. Partizipation und Teilhabe sind Leitgedanken unserer Politik. Dazu müssen wir denen zuhören, die unsere Unterstützung brauchen, und müssen immer wieder aufs Neue hinsehen statt wegzuschauen. Der Benachteiligung und Diskriminierungen von Geburt an wollen wir auf allen politischen Ebenen etwas entgegensetzen.

Wir möchten ein städtisches Leben, das durch Solidarität, Toleranz und Vielfalt geprägt ist und von allen Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitgestaltet werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir perspektivisch den Mülheimpass erweitern und schnell ein Sozialticket für den ÖPNV einführen. Ärmeren Kindern und Jugendlichen wollen wir den Zugang zu Sportvereinen, Musikschulen und anderen außerschulischen Lern- und Förderangeboten erleichtern.

Ähnlich wie bei den Bildungschancen entscheiden Einkommen und soziale Herkunft über die Gesundheitschancen. Das belegen die Schuleingangsuntersuchungen, die einen deutlichen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der gesundheitlichen Lage der Kinder aufzeigt. Auch in diesem Fall sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders benachteiligt. Wir wollen deshalb die Gesundheitsförderung für Menschen aus schwierigen sozialen Lagen wieder zur Regelaufgabe kommunaler Gesundheitspolitik machen und mit einem festen Etatansatz versehen. Ein verbindliches Handlungsprogramm zur Gesundheitsförderung mit nachhaltbaren Zielen soll dazu beitragen, dass Menschen aller Altersgruppen und unabhängig von ihrer Herkunft ihre Gesundheitsrisiken senken können. Die kommunalen Mittel zur Gesundheitsförderung reichen nicht aus. Gute Ansätze wie die Familienhebamme oder die Gesundheitsförderung in den Kindertageseinrichtungen werden in zu geringem Umfang umgesetzt.

Auch in Mülheim besteht noch ein erhebliches Defizit in der psycho-sozialen Versorgung. Handlungsbedarf besteht unter anderem beim Ausbau des ambulanten Angebotes, des Krisennotdienstes und der Tagesbegleitung. Ebenso müssen weitere flexiblere Angebote für Menschen mit psychischen Problemen insbesondere auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden, die dem individuellen Leistungsvermögen entsprechen.

Für Senioren gibt es vor allem im Bereich geronto-psychiatrischen Versorgung großen Handlungsbedarf. Es fehlt auch an Angeboten für Demenzkranke und ihre Angehörigen. Wir setzen uns des-

halb verstärkt für mehr Angebote wie Selbsthilfetreffen, Gesprächskreise, Begegnungscafé's, tagestrukturierende Angebote, häusliche Unterstützungsdienste und Runde Tische ein und wollen neu zu schaffende und vorhandene Gruppen trägerübergreifend vernetzen.

Der durch viel ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe getragenen Ausweitung von Angeboten zur Unterstützung und Begleitung von Menschen in Krisensituationen, in der Hospizarbeit und in der gesundheitlichen Selbsthilfe wollen wir durch eine nachhaltige Förderstruktur Rechnung tragen. Selbsthilfe kann und soll professionelle Hilfe und Beratung nicht ersetzen, sondern ergänzen. Deshalb braucht das bereits bestehende und vielfältige Netz sozialer und gesundheitlicher Angebote und Hilfen in Mülheim klare finanzielle Zusagen und darf nicht Kürzungen ausgesetzt werden. Suchtprävention sowie die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung bleiben wichtige Aufgaben und dürfen trotz gekürzter Landesmittel nicht zurückgefahren werden. Die Aidsberatung muss weiterhin über Kooperationen mit der Aidshilfe Oberhausen und den Kommunalen Angeboten wichtiger Bestandteil der Gesundheitspolitik bleiben.

#### **Wer Grün wählt, wählt**

- **Partizipation und Teilhabe aller Menschen**
- **aktive Gesundheitsförderung der Kommune**
- **Hilfe zur Selbsthilfe**

### ***Zeit für Barrierefreiheit***

Selbstbestimmt leben und soviel Eigenständigkeit wie möglich – viele verschiedene Lebensentwürfe müssen trotz Behinderung möglich sein. Dies muss selbstverständlich auch für Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf gelten, denn der Anspruch auf Teilhabe ist unteilbar. Diesem Anspruch wollen wir durch konkrete politische Schritte auch in Mülheim noch mehr Geltung verschaffen und insbesondere auch das Wunsch- und Wahlrecht für behinderte Menschen ernst nehmen. Dabei können wir auf ein gutes, unter Mitwirkung der Behindertenverbände formuliertes Handlungsprogramm zurückgreifen. Es gilt jedoch, die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen und nicht mit Hinweis auf knappe Kassen hinten anzustellen.

In einer älter werdenden Gesellschaft ist Barrierefreiheit eine grundlegende Notwendigkeit. Wir wollen deshalb, dass die Stadt Mülheim im Hoch- und Tiefbaubereich barrierefrei baut bzw. umbaut. In städtischen Gebäuden müssen sowohl der KundInnenbereich als auch der MitarbeiterInnenbereich barrierefrei sein. Öffentlich zugängliche Räume wie z.B. Arztpraxen oder Gaststätten müssen möglichst schnell barrierefrei werden. Das Angebot an barrierefreien Wohnungen muss auch in den nächsten Jahren deutlich erweitert und das selbständige unterstützte Wohnen als Alternative zum Leben im Heim ausgebaut werden. Hierzu gehören auch Unterstützungs- und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen, die noch in ihren Familien leben.

Die Beteiligung aller Menschen am Öffentlichen Personennahverkehr muss gewährleistet sein. Das bedeutet eine rasche weitere Anpassung von Haltestellen. Gleichzeitig soll der Behindertenfahrendienst als Nachteilsausgleich wieder kostenfrei genutzt werden können. Wir wollen durch konkrete Zielvereinbarungen die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im ÖPNV in nachhaltbaren Schritten verbessern.

Wichtige Informationen der Stadt sollen über das gesetzlich vorgeschriebene hinaus sowohl in blindenlesbarer Form vorgehalten werden als auch in leichter Sprache und auf Gebärdensprachvideos. Für die kulturelle Teilhabe von gehörlosen Menschen sollte in der Selbsthilfeförderung über die Stiftungen ein Fonds ausgewiesen werden, der z.B. Kosten für Gebärdensprachdolmetscher übernimmt. Dieser Fond könnte in die Selbstverwaltung der betreffenden Vereine gelegt werden. Die Stadt Mülheim soll durch gezielte Modellprojekte neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze für behinderte Menschen fördern.

**Wer Grün wählt, wählt**

- ein barrierefreies Leben für Alt und Jung
- Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln

## ***Zeit für Selbstbestimmung im Alter***

Wir wollen in den Stadtteilen und Wohnquartieren das Zusammenleben der Generationen unabhängig von ihrer Herkunft fördern. Die BewohnerInnen sollen an der Gestaltung der Wohnquartiere und Stadtteile beteiligt werden, Eigeninitiative, Kreativität und Selbstbestimmung sollen gefördert und unterstützt werden. Gerade Kinder und Jugendliche sollen Möglichkeiten bekommen sich in der Gestaltung ihrer Lebenswelt einzumischen.

Der demografische Wandel und die Bevölkerungsstruktur aus Menschen mit und ohne Migrationshintergrund stellt die Stadt- und Sozialplanung vor neue Herausforderungen und Aufgaben und bietet zugleich auch neue Perspektiven für die Menschen und für das Gemeinwesen, denn die Infrastruktur und Versorgungsformen müssen sich neu ausrichten. Viele Menschen wollen auch im Alter möglichst selbstständig leben oder eine gemeinschaftliche Wohnform wählen. Die Grünen fordern schon seit zwei Jahrzehnten einen Kurswechsel im Altenhilfesystem. Wir wollen die Ansiedlung weiterer Pflege-Großeinrichtungen verhindern und setzen uns für ein breites Angebot an Wohn- und Pflegeangeboten ein, die den Wünschen nach Individualität, Vertrautheit und Überschaubarkeit Rechnung tragen. Dieses wollen wir durch quartiersbezogene Wohn- und Pflegeangebote, sowie Quartiersnetzwerke und -stützpunkte für die Orts- und Stadtteile unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Wohn- und Pflegeformen bedarfsgerecht in allen Stadtteilen angeboten werden. Hierzu gehört auch das Wohnen mit Versorgungssicherheit.

Neue zusätzliche Wohn- und Hilfeangebote für pflegebedürftige und ältere Menschen sollen verstärkt auch im normalen Wohnungsbau vorgehalten werden. Dafür bieten sich beispielsweise Kooperationen von Wohnungsunternehmen, sozialen Trägern und Betroffeneninitiativen an. Städtische Sozial-, Bauland- und Wohnungspolitik müssen bei der Schaffung von Wohn- und Pflegeangeboten im Alter Hand in Hand arbeiten. Wir setzen uns für die Stärkung und Schaffung einer Infrastruktur ein, die das Zusammenleben verschiedener Generationen im Wohnquartier und Stadtteil fördert. Für Menschen ausländischer Herkunft müssen zukünftig vermehrt Wohn- und Hilfeangebote geschaffen werden, die ihre spezifischen Belange und Bedürfnisse berücksichtigen.

Wir wollen die unabhängige Pflege- und Wohnberatung weiter ausbauen. Hierzu gehört auch die Einrichtung einer Koordinations- und Beratungsstelle für Personen und Gruppen, die entsprechende Wohn- und Pflegeformen mit initiieren wollen.

**Wer Grün wählt, wählt**

- die richtigen Antworten auf den demografischen Wandel
- zusätzliche Wohn- und Hilfeangebote für pflegebedürftige und ältere Menschen

## ***Zeit, nicht nur zu fordern, sondern auch zu fördern***

Wir wollen Qualifikation und nachhaltige Integration fördern, statt Menschen zu Niedriglöhnen in kurzfristige Beschäftigung abzudrängen. Wir können vor Ort die Hartz IV-Regelungen nicht außer Kraft setzen, aber wir wollen den gesetzlich möglichen Gestaltungsspielraum in der Optionskommune soweit wie möglich dafür nutzen, dass die Leistungen zur Grundsicherung und Arbeitsmarktintegration den betroffenen Menschen gerecht werden. Dazu ist auch eine unabhängige Sozialberatung, wie z. B. durch das Mülheimer Arbeitslosenzentrum (MALZ), eine wichtige Unterstützungsmöglichkeit. Im Bereich der Beschäftigungsfördernden-Maßnahmen setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass in Mülheim die Vermittlung von Ein-Euro-Jobs nachrangig geschieht und diese als Instrument zur Wiedereingliederung nur bei schwerwiegenden Arbeitsmarkthemmnissen eingesetzt werden. Dabei soll auch in Mülheim die Entgeltvariante stärker genutzt werden.

Erfolgreiche, vor allem integrative Arbeitsmarktprojekte aus anderen Kommunen sollen in Mülheim eingeführt werden, den zweiten Arbeits- und Ausbildungsmarkt wollen wir ausbauen. Die von der Sozialagentur angebotenen Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen müssen sich stärker an den Bedürfnissen der Arbeitssuchenden orientieren. Dies erfordert auch bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsangebote. Vermehrte individuelle Förderung von Existenzgründungen sollen, auch aus Hartz IV-Mitteln, durch Microdarlehen und Coaching möglich werden.

**Wer Grün wählt, wählt**

- **Vorrang des Förderns vor dem Fordern**
- **Sicherung des Mülheimer Arbeitslosenzentrums (MALZ)**

## **Zeit für ein zukunftsfähiges Mülheim**

Ob eine Stadt für die Zukunft gerüstet ist, zeigt sich auch daran, ob sich die Bürger und Bürgerinnen als eine Gemeinschaft verstehen. Das Gegenteil von Ausgrenzung ist die Inklusion, alle Bevölkerungsgruppen müssen auf Augenhöhe über die gemeinsame Zukunft diskutieren können, niemand wird ausgegrenzt. Für uns Grüne gehört dazu auch die Geschlechtergerechtigkeit. Obwohl in den letzten Jahren - nicht zuletzt durch uns – viel erreicht wurde, sind wir noch weit entfernt von einer geschlechtergerechten und chancengleichen Gesellschaft.

### ***Zeit für Geschlechtergerechtigkeit***

Mülheim braucht eine Frauenberatungsstelle. Das Frauenhaus muss finanziell abgesichert werden. Wir müssen eine Zufluchtstelle für Opfer von Zwangsheirat und eine Fachberatung für Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution schaffen und den Ausbau kommunaler Netzwerke zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes vorantreiben. Alle Ermessensspielräume des Sozialamtes für Frauen in Notsituationen sind unbedingt zu nutzen.

Wir wollen die Angebote von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen ausweiten und das Thema sexueller Missbrauch an Mülheimer Schulen verankern. Wir wollen uns durch stadtweite Kampagnen gegen sexualisierte Darstellung von Frauenkörpern stark machen sowie eine Kampagne "Männer gegen Männergewalt" starten.

Wir halten die Erstellung eines differenzierten Mülheimer Arbeitslosenberichtes für notwendig: Wir wollen erreichen, dass die Hälfte der Ausbildungsplätze an Mädchen und junge Frauen vergeben werden. Wir wollen Künstlerinnen fördern und uns für die geschlechtergerechte Vergabe von Preisen einsetzen. Die Stadtverwaltung soll für interessierte Mitarbeiterinnen Mentoring-Programme anbieten.

Wir wollen die Erweiterung der städtischen Vergabeordnung um die "betriebliche Frauenförderung" sowie die gleiche Beteiligung von Frauen in Gremien und in der Verwaltung in allen Entgelt- und Besoldungsgruppen. Auf unserem Plan steht ferner die Umsetzung der geschlechtergerechten Erziehungs- und Bildungsarbeit laut Kibiz. Die kommunale Gleichstellungsbeauftragte wollen wir unterstützen. Außerdem halten wir die Schaffung von Antidiskriminierungsstellen in Betrieben und Stadtverwaltung für sinnvoll.

Die Ziele des Gender-Mainstreamings und Gender-Budgetings sind endlich umzusetzen. Gender Mainstreaming ist die Methode, mit der konsequent alle Maßnahmen und politischen sowie wirtschaftlichen Entscheidungen daran gemessen werden, ob sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und damit zu mehr Demokratie führen. Das bedeutet, dass grundsätzlich bei jeder Entscheidung danach zu fragen ist, wie sich Maßnahmen auf Frauen und Männer auswirken. Die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung muss zum durchgängigen Leitprinzip des Handelns in jedem Ressort innerhalb der Stadtverwaltung werden. Auch wenn öffentliche Gelder ausgegeben werden, muss das Geschlechterverhältnis beachtet werden. Dazu muss bekannt sein, ob und wie sich Investitionen oder Kürzungen in bestimmten Bereichen auf Männer und Frauen auswirken. Des-

halb soll die Haushalts- und Finanzpolitik der Stadt Mülheim dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet werden. Dieser Ansatz des Gender-Budgeting soll dafür sorgen, dass die finanziellen Ressourcen gerecht verteilt werden.

**Wer Grün wählt, wählt**

- **die Schaffung einer Frauenberatungsstelle**
- **den Erhalt des Frauenhauses**
- **die Einführung von Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting**

## ***Zeit für gleiche Rechte***

Wir Grünen stehen für eine Kultur des Respekts vor den kulturellen Unterschieden in unserer Stadt und für ein friedliches Zusammenleben. Kulturelle Unterschiede begreifen wir als Chance, nicht als Hindernis. Integrationsarbeit ist als gegenseitiger Prozess zu verstehen: Es gilt nicht nur Integrationshemmnisse bei Migrantinnen und Migranten abzubauen, wir möchten auch die Integrationsfähigkeit von Deutschen fördern. Integrationsarbeit ist darüber hinaus als Querschnittsaufgabe aller Bereiche der Kommunalpolitik zu verstehen. In Mülheim verfügt schon jetzt mehr als jeder zehnte Mensch über einen Migrationshintergrund. Bei den Jüngeren ist der Anteil deutlich höher.

Wir setzen uns für eine verstärkte Partizipation und Teilhabe der Menschen nicht deutscher Herkunft (mit oder ohne deutschen Pass) am gesellschaftlichen Leben in dieser Stadt ein. Dazu gehört auch, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Fraktionen, Rat und Ausschüssen tätig sind, und dass die Interessenvertretung der ausländischen MülheimerInnen ein größeres politisches Gewicht bekommt. Der Ausschluss von Nicht-EU-Bürgern von den Kommunalwahlen ist ein Anachronismus, der gegen Integration und Gleichheit spricht.

Wir werden auf die Verbesserung des interkulturellen Dialogs und der interkulturellen Kompetenz der einheimischen Bevölkerung hinarbeiten und nicht nur die Erarbeitung des interkulturellen Leitbildes der Stadt begleiten, sondern auch dessen Umsetzung einfordern. Dazu gehört auch, dass wir Orte finden müssen, an denen Migrantinnen und Migranten in Mülheim „ankommen“ können. Wir wollen Schutz und Menschenwürde für Flüchtlinge und auch für diejenigen gewährleisten, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Wir werden uns jedem Ansatz von Fremdenfeindlichkeit und rassistischen Tendenzen entgegenstellen. Deshalb arbeiten wir aktiv mit beim Runden Tisch gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, umbenannt in Mülheimer Initiative für Toleranz (MIT).

Wir wollen Migrantinnen und Migranten besser in die Stadtentwicklungsprozesse und Stadtteilplanung einbeziehen und so erreichen, dass die Stadt in allen Stadtteilen in allen ihren Facetten für alle Mülheimerinnen und Mülheimer wieder attraktiv wird.

Wir wollen eine Schulpolitik, die verstärkt die vorhandenen Kompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund anerkennt und fördert. Wir unterstützen die flächendeckende Förderung in deutscher Sprache – Deutsch und interkulturelles Lernen in Mülheim an der Ruhr (DILIM) – insbesondere vor Schuleintritt.

Wir fordern, dass die Prüfung der Kenntnisse der deutschen Sprache als wichtige Voraussetzung für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft in Mülheim nicht zu einem Verhinderungsinstrument wird. Bei der ersten Einwanderungsgeneration muss darauf Rücksicht genommen werden, dass sie ein Leben lang am Aufbau der Bundesrepublik mitgearbeitet hat, ohne dass der Staat dieser Generation Integrations- oder Sprachkurse angeboten hat.

MigrantInnen müssen auch als Wirtschaftsfaktor ernst genommen werden. Die Unterstützung und Information von ExistenzgründerInnen und UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund ist ausdrücklich Aufgabe unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Wir wollen, dass auch Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine faire Chance geboten wird. Häufig haben sie noch schlechtere Schulabschlüsse und schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb sind die Anstrengun-

gen zu verstärken, diese Jugendlichen zu erreichen, weiter zu qualifizieren und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Wir wollen, dass der Bedarf an Pflegedienstleistungen und an Plätzen in Altenheimen für Migrantinnen und Migranten im Rahmen der Pflegekonferenzen ermittelt und unter Einbeziehung von Fachpersonal mit Migrationshintergrund in die Planungen aufgenommen wird. Dies gilt insbesondere für die Sprachkompetenzen des Pflegepersonals und kultursensible Dienstleistungen und Angebote. Wir fordern eine aktive integrative Wohnungspolitik der Stadt, um Gettoisierung in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken. Wir werden uns auch in Zukunft für dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen einsetzen. Containeranlagen sind keine Option!

Wir werden die Arbeit der Härtefallkommission auch weiterhin positiv unterstützen. Wir setzen uns für die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle ein. Wir werden die kontinuierliche umfassende Berichterstattung der Verwaltung zur Integration einfordern, um auf Entwicklungen und spezielle Probleme reagieren zu können.

**Wer Grün wählt, wählt**

- **Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe**
- **die verstärkte Partizipation und Teilhabe aller Mülheimerinnen und Mülheimer**
- **das aktive Eintreten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit**

## ***Global Denken, lokal Handeln***

Für Grüne steht fest, dass lokales Handeln immer im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf die Natur, die Menschen vor Ort, aber auch auf die Menschen des gesamten Globus und im Hinblick auf die zukünftige Generation zu sehen ist.

Was ist zu tun für das 21. Jahrhundert? Um die Ziele von Rio auf die lokale Tagesordnung zu bringen, ist der Agendaprozess in Gang gesetzt worden. Menschenrechtsfragen und Klimaschutz sind durch Willensakte des Rates zur Sache der Stadt Mülheim gemacht worden.

Die Partizipation der Bevölkerung soll durch den Agendaprozess sichergestellt werden. Eine gemeinsame Lösungsfindung mit Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt bedarf immer wieder eines Motivationsschubs, um eine breite Beteiligung zu initiieren.

Sowohl die Frage der Erhaltung der Schöpfung, des Friedens, der Gerechtigkeit, des Klimaschutzes, der Artenvielfalt, der kulturellen und politischen Teilhabe, der Teilhabe beider Geschlechter, aller Generationen und der globalen Gerechtigkeit sind ständig neu zu stellen.

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass der Agendaprozess ernster genommen wird. Er muss stärker mit dem Willensbildungsprozess durch Rat und Verwaltung verzahnt werden. Alle Entscheidungen in der Kommune sollen darauf überprüft werden, ob und wie Bürgerbeteiligung hergestellt werden kann – und zwar vor dem endgültigen Beschluss! Die Auswirkungen auf die Umwelt, die soziale Gerechtigkeit und die zukünftigen Generationen dürfen nicht aus dem Blick verloren werden, denn ...wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!

**Wer Grün wählt, wählt**

- **die Unterstützung des Agendaprozesses**

## ***Zeit für nachhaltige Haushaltspolitik***

Mülheim geht es im Vergleich zu anderen Ruhrgebietskommunen noch gut: In den vergangenen Jahren ist die Stadt der Haushaltsicherung entkommen, im Jahr 2009 wird Mülheim sogar wegen hoher Steuereinnahmen 2007 nicht einen Cent Schlüsselzuweisungen vom Land NRW erhalten.

Der anscheinende Haushaltsausgleich in den letzten Jahren war nur der Umstellung auf ein neues Buchhaltungsverfahren zu verdanken. In Wahrheit gab es auch in diesen Jahren Haushaltsdefizite,

diese konnten nur von den so genannten „freien Rücklagen“ abgezogen werden. Spätestens ab 2010 wird das nicht mehr möglich sein, die freien Rücklagen sind dann aufgezehrt. Außerdem schiebt Mülheim einen riesigen Berg an Altschulden aus den aufgelaufenen Defiziten der Vorjahre vor sich her. Diese Schulden dienen nicht der Anschaffung von Vermögenswerten, sondern sind im Rahmen von Kassenkrediten - vergleichbar einer Kontoüberziehung – für laufende Ausgaben ausgegeben worden. Das Konjunkturprogramm 2009 führt in den nächsten Jahren zu zusätzlicher Verschuldung, ab 2010 wird es außerdem zu einem drastischen Einbruch der Steuereinnahmen und gleichzeitig zu einem Anstieg der Sozialleistungen kommen.

Statt die Städte zu unterstützen, hat die CDU/FDP-Landesregierung den Kommunen seit Regierungsantritt jährlich ca. 1,25 Mrd. Euro entzogen, zum Beispiel durch die unvollständige Weitergabe der Wohngeldmittel nach dem SGB II, den Wegfall des kommunalen Anteils an der Grunderwerbssteuer sowie der Verdopplung des kommunalen Anteils an der Krankenhausfinanzierung. Hinzu kommen der Wegfall des Landeszuschusses für die Elternbeiträge für Kita-Plätze, die Reduktion der Landeszuschüsse bei den Schülerfahrkosten und die gekürzten Weiterbildungsmittel im VHS-Bereich. Außerdem gibt es noch die neuen kommunalen Aufgaben, die vom Land nur unzureichend finanziert werden, z. B. Kita-Plätze für unter 3-jährige und die Einführung der offenen Ganztagschule. Damit ist klar: Der geringe Abbau der Nettoneuverschuldung des Landes in den letzten Jahren wurde zum größten Teil über die Kommunen finanziert!

Als Folge der kommunalen Finanznot wird auch in Mülheim in regelmäßigen Abständen - verstärkt durch die Privatisierungsideologen der Landesregierung („Privat vor Staat“) - der Ruf nach Privatisierung kommunaler Infrastruktur laut. Wir wollen aber, dass Mülheim auch in Zukunft die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe in eigener Regie behält!

Wir Grünen stehen für eine Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze und für einen Ausbau der M.E.D.L. hin zu einem Stadtwerk, um bürgernahe, soziale und ökologische Energiedienstleistungen vor Ort zu ermöglichen. Der Zugang aller Mülheimer BürgerInnen zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen muss – gerade in Hinblick auf die zunehmende Armut – auch in unserer Stadt gewährleistet sein.

Weitere öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) lehnen wir aufgrund der langfristigen Belastungen für Mülheim ab; sie sind keine Lösung. Wir wollen eine Haushaltspolitik, die unserer Stadt wieder Handlungsspielräume eröffnet. Haushaltssicherung und Schuldenabbau dürfen nicht in Widerspruch zur Erfüllung aktueller Aufgaben wie dem Klimaschutz, der Bildung oder der sozialen Stabilität gestellt werden. Bei zukünftigen Investitionen heißt es, Folgekosten zu berücksichtigen und finanziell sparsame Investitionen – z. B. durch Kooperationen im Verbund mit anderen Städten – anzugehen.

Wir wollen wir den BürgerInnen mehr Mitsprache bei der Aufstellung des Haushaltes der Stadt geben, auch um Sparzwänge deutlicher zu machen. Denn erst wenn die Bürger verstehen können, wo das Geld bleibt und warum wenig da ist, werden Kürzungen akzeptabel für den Bürger.

Damit die Stadt in Zukunft überhaupt noch ihre Aufgaben erfüllen kann, muss dringend eine verlässliche finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden landes- und bundesweit wieder hergestellt werden! Ein Entkommen aus der Verschuldungsfalle ist für Mülheim aus eigener Kraft nicht mehr möglich. Das muss endlich sehr deutlich gesagt werden! Selbst wenn Mülheim alle freiwilligen Leistungen streicht, alle Schwimmbäder, Stadtbüchereien und Begegnungsstätten schließt, wird ein ausgeglichener Haushalt nicht erreicht. Wir wollen, dass die Lebensqualität in Mülheim erhalten bleibt!

Die Politik der Bundes- und Landesregierung der letzten Jahre, Kosten auf die kommunale Ebene zu verlagern, um die jeweils eigene Haushaltsbilanz zu verbessern, lehnen wir ab. Nicht nur Mülheim wurde in den letzten Jahren finanziell ausgehungert, um dann am Ende durch einen Sparkommissar des Landes heimgesucht zu werden, der die Aufgabe hat, erst recht da einzusparen, wo nichts mehr ist. Diese Politik ist verlogen – wir treten seit Jahren für eine längst überfällige Finanzreform ein, die den Kommunen die Handlungsfähigkeit dauerhaft sichert.

#### **Wer Grün wählt, wählt**

- **eine verlässliche und nachhaltige Haushaltspolitik**

- **den Erhalt der kommunalen Infrastruktur**
- **sinnvolle Investitionen, z. B. in Energiesparmaßnahmen und Schulsanierungen**

## **Zeit für Mülheim als Ruhrstadt**

Der regionale Ballungsraum Ruhrgebiet zeichnet sich bis heute durch seine Unterbewertung aus. In einem internationalen Vergleich schneidet das Ruhrgebiet jedoch beachtlich gut ab, denn im Gegensatz etwa zu den mittelenglischen Industrievieren weist das Ruhrgebiet in städtebaulicher Hinsicht eine große Geschlossenheit auf. Eine solch dichte Ansammlung von Großstädten ist in Europa einmalig.

Gleichzeitig bestehen im Innern dieser Städtereion zahlreiche freie Areale, so dass dieser Ballungsraum wie kein anderer die große städtebauliche Chance einer Weiterentwicklung nach innen besitzt, statt wie andere Großstädte aus Platzmangel weiter nach Außen wuchern zu müssen.

Das Ruhrgebiet braucht ein gemeinsames Dach. Die Umwandlung des völlig ohnmächtigen KVR in einen nun um bestimmte Kompetenzen gestärkten RVR ist ein richtiger Schritt auf einem weiter zu gehenden Weg, dessen Zielsetzung sich in folgenden Projekten und Aufgaben darstellt:

- Entwicklung eines internationalen Ruhrstadtmarketings und einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung koordinierend und ergänzend zur Kommunalen
- Mitsprache und Mitgestaltung bei Großprojekten mit Auswirkungen auf Nachbarkommunen
- Flächenmanagement ab einer zu bestimmenden Größenordnung; Sanierung und Vermarktung groß angelegter Brachflächen
- Sicherung der Landschafts- und Umweltqualität; Freiraumsicherung und Landschaftsplanung; Entwicklung eines gemeinsamen Landschaftsplans; kooperierende Flächennutzungspläne mit Verbindlichkeit
- gemeinsames Freizeit- und Tourismusmanagement sowie Koordinierung kultureller Projekte ab einer bestimmten Größenordnung zur Vermeidung konkurrierender Doppelfunktionen
- Koordinierung von Steuereinnahmen bei der Gewerbeansiedlung zwischen Nachbarkommunen um Konkurrenzen und Egoismen zu reduzieren
- Aufstellung von Entwicklungsplänen für sozial benachteiligte Stadtteile zur Verbesserung der sozialen Integration und Lebensqualität unter Einbeziehung der Bewohner sowie die Reorganisation sozialer Mischungsverhältnisse

Bei einer Zusammenarbeit muss allerdings die kommunale Selbstverwaltung geachtet werden. Es kann nur darum gehen, den für die Entwicklung dieser Region durchaus vorteilhaften hohen Grad an Dezentralität mit einer notwendigen und wirkungsvollen Zusammenarbeit zu verbinden.

### **Wer Grün wählt, wählt**

- **Sicherung der Zukunftsfähigkeit Mülheims durch Schritte hin zur grünen Ruhrstadt**
- **sinnvolle kommunale Zusammenarbeit, z. B. im Bereich Verkehr**

## **Zeit für Veränderungen - Zeit für Grün**

ist unser Leitspruch für die Kommunalwahl. Wenn wir Sie mit unserem Programm überzeugt haben, dann ist es auch

**Zeit für Sie, jetzt GRÜN zu wählen!**